

Kleine Anfrage Fraktion FDP/JF (Florence Schmid, JF/Tom Berger, FDP): Einfluss der Leitzinserhöhung auf die Stadt Bern

Heute Morgen hat die Schweizer Nationalbank verkündet, den Leitzins um 0.75 Prozentpunkte auf neu 0.5% zu erhöhen. Damit wird die Aufnahme von Fremdkapital (Schulden) künftig teurer. Die Stadt Bern (Gesamthaushalt) hatte per 31. Dezember 2021 CHF 530'570'499 kurzfristige Schulden und CHF 2'719'416'644 langfristige Schulden. Dies bei einem Selbstfinanzierungsgrad von noch 70.6% (Gesamthaushalt) bzw. 61.9% (Allgemeiner Haushalt).

In den nächsten Jahren muss ein Teil dieser Verbindlichkeiten (insb. Obligationen/Darlehenskredite) in Höhe von mehreren hundert Millionen abgelöst werden.

Deshalb bitten wir den Gemeinderat höflich, uns die folgenden Fragen zu beantworten:

1. Müsstest aufgrund der Leitzinserhöhung im Budget 2023 höhere als die bisher budgetierten Zinsaufwände eingestellt werden?
2. Falls die Frage 1 mit «ja» beantwortet, wird: In welcher Höhe belaufen sich die zusätzlich im Budget einzustellenden Zinsaufwände?
3. Müssen mit Blick auf die hohe Schuldenlast der Stadt Bern aufgrund der Leitzinserhöhung ausserordentliche Massnahmen (z.B. raschere Ablösung von Verbindlichkeiten) getroffen werden?

Bern, 22. September 2022

Erstunterzeichnende: Florence Schmid, Tom Berger

Mitunterzeichnende: -

Antwort des Gemeinderats

Aufgrund des früh starteten Budget- und Finanzplanungsprozesses musste der Gemeinderat die zu berücksichtigenden Zinsen für Finanzplanung der Jahre 2023 – 2026 bereits im Oktober 2021 festlegen (IAFP 2023 – 2026, Seite 21/22). Für die Refinanzierung von bestehenden und die Neuaufnahme von neuen 10-jährigen Anleihen wurden Zinssätze von 0,4 % (2022) bis 0,8 % (2026) vorgegeben, für kurzfristige Darlehen ein Negativzins von -0,25 %.

Zu Frage 1:

Ja.

Zu Frage 2:

Noch bevor die Nationalbank am 16. Juni 2022 den Negativzins von -0,75 % auf -0,25 % reduziert hat, erfolgte eine Umfinanzierung von 100 Mio. Franken von kurzfristigen Darlehen in eine langfristige Anleihe (Laufzeit 31 Jahre, zu 1,9 %). Aufgrund dieser Umfinanzierung fallen im Vergleich zum Budget 2023 Mehrkosten von 1,5 Mio. Franken an. Bei den kurzfristigen Darlehen muss wegen der veränderten Zinssituation aktuell mit +0,65 % statt wie budgetiert mit -0,25 % gerechnet werden. Bei durchschnittlichen kurzfristigen Darlehen von 150 Mio. Franken werden nach heutigem Stand Mehrkosten von 1,5 Mio. Franken anfallen. Weiter ist aufgrund der aktuellen Situation für die geplante Neufinanzierung von 70 Mio. Franken ab Mitte 2023 von einem Zinssatz von 2,5 % statt der budgetierten 0,6 % auszugehen, was weitere Mehrkosten von 0,67 Mio. Franken bedeutet. Insgesamt rechnet der Gemeinderat im Allgemeinen Haushalt 2023 mit zinsbedingten Mehrkosten gegenüber dem Budget 2023 von knapp 4 Mio. Franken.

Zu Frage 3:

Nach der erwähnten Umfinanzierung von 100 Mio. Franken vom Juni 2022 beträgt der durchschnittliche Zinssatz aller langfristigen Anleihen im Allgemeinen Haushalt 1,28 %, die durchschnittliche Laufdauer der Darlehen beträgt ca. 16 Jahre. Die Finanzierungen erfolgen mit gestaffelten Laufzeiten, die nächste grössere Refinanzierung (200 Mio. Franken) erfolgt Ende September 2025. Das Risiko der höheren Zinsen lastet somit auf den kurzfristigen Anleihen sowie auf den Neuaufnahmen von Anleihen. Es sind keine ausserordentlichen Massnahmen erforderlich.

Bern, 26. Oktober 2022

Der Gemeinderat